

Ordnungsbusse

Nichteinreichen der Steuererklärung

Entscheid des Steuergerichts des Kantons Basel-Landschaft Nr. I/2008 vom 18. Januar 2008

Bei der Festsetzung von Ordnungsbussen ist nebst der persönlichen finanziellen Situation auch der jeweiligen Strafempfindlichkeit Rechnung zu tragen, wie hohes Alter, fehlendes Unrechtsbewusstsein, bisheriges Verhalten, persönliche Betroffenheit als auch besondere Schicksalsschläge. Wer sich hingegen mangels Abgabe der Steuererklärungen innert zehn aufeinanderfolgenden Jahren amtlich einschätzen lässt, ohne dass besondere, unverschuldete Hinderungsgründe geltend gemacht werden, kann im konkreten Fall mit einer gesetzlich vorgesehenen Maximalbusse von CHF 10'000.– belegt werden.

Sachverhalt:

1. Die Steuerverwaltung auferlegte dem Steuerpflichtigen mit Verfügung vom 22. Februar 2007 eine Ordnungsbusse von Fr. 10'000.–, da er trotz Chargé-Mahnungen seine Steuererklärung für das Jahr 2005 innert der festgesetzten Frist nicht eingereicht hatte. Dagegen erhob der Steuerpflichtige mit Schreiben vom 21. März 2007 Einsprache.

2. Die Steuerverwaltung wies die dagegen erhobene Einsprache vom 21. März 2007 mit Einsprache-Entscheid vom 7. Juni 2007 ab. Da der Pflichtige trotz Chargé-Mahnungen vom 9. August 2006 und 15. Januar 2007 die Steuererklärung bis zur angesetzten Frist vom 31. August 2006 bzw. 31. Januar 2007 nicht eingereicht habe, sei die Ordnungsbusse im Betrag von Fr. 10'000.– zu Recht auferlegt worden.

3. Mit Rekurs vom 3. Juli 2007 beantragte der Steuerpflichtige sinngemäss, es sei von einer Busse abzusehen, da bereits bei der vorgängigen Deklaration eine Busse in Höhe von Fr. 9'000.– auferlegt worden sei. Zur Begründung führte er an, dass er keine Aufforderungen bzw. Abrechnungen erhalten habe und, da er eine selbständige Erwerbstätigkeit ausübe, ihn diese Busse in den Ruin treiben würde.

4. In ihrer Vernehmlassung vom 20. November 2007 beantragte die Steuerverwaltung die Abweisung des Rekurses mit der Begründung, angesichts der Notorietät, mit der der Rekurrent seinen Verfahrenspflichten nicht nachgekommen sei resp. die Steuererklärung versäumte auszufüllen und einzureichen, sei die hier angefochtene Busse in Höhe von Fr. 10'000.– nicht zu beanstanden und durchaus angemessen.

Erwägungen:

1. Das Steuergericht ist gemäss § 124 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 7. Februar 1974 (StG) zur Beurteilung des vorliegenden Rekurses zuständig.

Gemäss § 129 Abs. 3 StG werden Rekurse, deren umstrittener Steuerbetrag wie im vorliegenden Fall Fr. 8'000.– pro Steuerjahr übersteigt, vom Präsidenten und vier Richterinnen und Richtern des Steuergerichts beurteilt.

Da die in formeller Hinsicht an einen Rekurs zu stellenden Anforderungen erfüllt sind, ist ohne weiteres darauf einzutreten.

2. Vorliegend unterliegt der Beurteilung, ob die dem Rekurrenten auferlegte Ordnungsbusse Staatssteuer 2005 in Höhe von Fr. 10'000.– wegen Nichteinreichen der Steuererklärung zu Recht ergangen ist.

3. Wer einer Pflicht, die ihm nach den Vorschriften des Steuergesetzes oder nach einer aufgrund des Steuergesetzes getroffenen Anordnung obliegt, trotz Mahnung vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommt, wird gemäss § 154 StG mit Busse bis zu Fr. 1'000.–, in schweren Fällen oder bei Rückfall bis zu Fr. 10'000.–, bestraft.

Der Steuerpflichtige ist gemäss § 101 Abs. 1 StG verpflichtet, zu Beginn jeder Veranlagungsperiode eine Steuererklärung einzureichen. Vorliegend hat der Pflichtige trotz Chargé-Mahnungen vom 9. August 2006 und 15. Januar 2007 seine Steuererklärung für das Jahr 2005 nicht innert der bis zum 31. August 2006 respektive 31. Januar 2007 gesetzten Fristen eingereicht. Damit erfüllt er den Tatbestand von § 154 StG.

4. Vorliegend hatte das Verhalten des Pflichtigen während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre eine amtliche Veranlagung zur Folge. Seit dem Jahre 1995 musste er amtlich veranlagt werden, wobei in jeder Steuerperiode jeweils eine Ordnungsbusse auferlegt wurde, welche zwischenzeitlich allesamt in Rechtskraft erwachsen sind.

5. Laut § 155 StG sind bei der Bemessung von den in §§ 151–154 StG vorgesehenen Strafen die Schwere des Verschuldens, der eingetretene oder beabsichtigte Erfolg und die persönlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Bei der Verletzung von Verfahrenspflichten sind jedoch im Gegensatz zu den Tatbeständen der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs keine stark unterschiedlichen Erscheinungsformen des Verschuldens denkbar, die nach einer Berücksichtigung in der Rechtsfolge rufen würden (Verwaltungsgerichtsentscheid vom 25. August 1993, Nr. 75, E. 4a). Auch der durch die Verletzung von Verfahrenspflichten stets gleich bleibende Erfolg der Störung des Steuerveranlagungsverfahrens lässt keine Differenzierung bei der Bemessung der Strafe zu. Es bleibt deshalb vorliegend einzig zu prüfen, ob die von der Steuerverwaltung verfügte Busse in Höhe von Fr. 10'000.– unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen erfolgt ist.

a) Um eine einheitliche Bussenbemessung im Kanton zu gewährleisten, hat die Steuerverwaltung mit Kurzmitteilung Nr. 363 vom 22. November 2002 festgehalten, dass bei Verletzung von Verfahrenspflichten gemäss § 154 StG die Busse normalerweise folgende Höhe betrage:

Steuerbares Einkommen/steuerbarer Ertrag	Busse
Bis CHF 30'000	CHF 100
Über CHF 30'000 bis CHF 60'000	CHF 200
Über CHF 60'000 bis CHF 90'000	CHF 300–400
Über CHF 90'000 bis CHF 120'000	CHF 500–600
Über CHF 120'000 bis CHF 150'000	CHF 700–800
Über CHF 150'000	CHF 900–1'000
Im Wiederholungsfall	200% der vorherigen Busse
Im wiederholten Wiederholungsfall	300% der vorherigen Busse

Durch die Berücksichtigung des steuerbaren Einkommens bzw. Ertrages bei der Bemessung der Busse wird somit grundsätzlich auf die persönliche Situation der Steuerpflichtigen Rücksicht genommen.

b) Bei der Strafzumessung ist nebst der finanziellen persönlichen Situation der Steuerpflichtigen auch ihrer besonderen Strafempfindlichkeit Rechnung zu tragen (vgl. *Martin Zweifel/Peter Athanas*, Kommentar zum Schweizerischen Steuerrecht, I/1, Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, 2. Auflage, Zürich 2002, Art. 55 N 22). Zu berücksichtigen sind unter anderem hohes Alter, fehlendes Unrechtsbewusstsein, bisheriges untadeliges Verhalten in Steuersachen, grosse persönliche Betroffenheit, in ein Nach- und Strafstellungsverfahren involviert zu sein und die absolut geordneten persönlichen Verhältnisse. Aber auch Schicksalsschläge wie schwere Krankheit und schwerer Unfall gelten als Strafmilderungs- bzw. Strafminderungsgründe (vgl. *Filli/Pfenniger-Hirschi* in: *Nefzger/Simonek/Wenk*, Kommentar zum Steuergesetz des Kantons Basel-Landschaft, 155 N 11).

c) Im vorliegenden Fall hat die Steuerverwaltung acht Mal in Folge eine amtliche Veranlagung vornehmen müssen. Die erste Busse betrug Fr. 150.–. Die nachfolgenden Bussen lagen bei Fr. 300.–, Fr. 350.–, Fr. 400.–, Fr. 500.–, Fr. 1'500.–, Fr. 4'500.– und die im Jahre 2004 bei Fr. 9'000.–. Die Busse für das hier in Frage stehende Jahr 2005 wurde auf Fr. 10'000.– festgesetzt.

Es stellt sich nun die Frage, ob der persönlichen Situation des Pflichtigen bei der Festlegung der Höhe der Busse genügend Rechnung getragen wurde. Der Pflichtige macht geltend, dass er keine Aufforderungen bzw. Abrechnungen erhalten habe. Diesem Argument muss entgegengehalten werden, dass mit dem von der Steuerverwaltung bei der Schweizerischen Post gestellten Nachforschungsbegehren vom 25. September 2007 klar belegt ist, dass die Chargé-Mahnung vom 9. August 2006 am 10. August 2006 vom Rekurrenten am Postschalter in Z abgeholt worden ist. So-

mit hat der Pflichtige, entgegen seiner Behauptung, sehr wohl eine Aufforderung zur Einreichung seiner Steuererklärung 2005 erhalten.

Im Weiteren macht der Pflichtige geltend, dass ihn die auferlegte Busse in Höhe von Fr. 10'000.– in den Ruin treiben würde, da er selbständig erwerbstätig sei. Der Pflichtige wurde seit 1995 amtlich veranlagt. Er hätte aufgrund der schon in den Vorjahren verfügten Bussen erkennen müssen, dass eine zu spät oder nicht eingereichte Steuererklärung eine Busse zur Folge hat, weshalb das Argument, dass die Busse ihn in den Ruin treiben würde, nicht gehört werden kann.

Schliesslich ist noch festzuhalten, dass es sich im vorliegenden Fall um einen Rückfall gemäss § 154 StG handelt, welcher einen Maximalbetrag der Busse in Höhe von Fr. 10'000.– vorsieht. Aus diesem Grund erweist sich die angesetzte Busse in Höhe von Fr. 10'000.– als angemessen.

6. Abschliessend ist festzustellen, dass in diesem Fall keine Schuldminderungsgründe ersichtlich sind, welche dem Pflichtigen angerechnet werden könnten. Weder liegt ein hohes Alter vor, noch wurde geltend gemacht, dass eine schwere Krankheit, ein Unfall, Schicksalsschläge oder weitere Gründe zur vorliegenden Situation geführt hätten.

Anzumerken bleibt, dass der Steuerpflichtige, falls er sich in einer Notlage befinden sollte und die Bezahlung der Steuern, Zinsen, Bussen und Gebühren für ihn eine grosse Härte bedeuten würde, ein Steuererlassgesuch bei der Finanz- und Kirchendirektion gemäss § 139b StG stellen kann.

Der Rekurs erweist sich als unbegründet und ist somit abzuweisen.

7. ...

Demgemäss wird erkannt:

1. Der Rekurs wird abgewiesen.

2. ...

3. ...